



Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz

6. Sitzung (öffentlicher Teil)^{*)}

11. Januar 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 13.15 Uhr

Vorsitz: Marie-Luise Fasse (CDU)

Stenografin: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)

1

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/400

Einzelplan 10 - Ministerium für Umweltschutz und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

in Verbindung damit

Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2000 bis 2004

Drucksache 13/401

Der Ausschuss nimmt die Einführungsrede der Ministerin zum Haushaltsplan 2001 - vgl. Vorlage 13/0383 - entgegen.

^{*)} nichtöffentlicher Teil siehe APr 13/154

2 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

3

Drucksache 13/288

in Verbindung damit**Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen -
Verankerung des Tierschutzes in der Verfassung**

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 13/326

und**Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 13/419

- Keine Diskussion.

**3 BSE: Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen und Konsequenzen in
NRW**

4

in Verbindung damit**Umgehung von BSE-Tests durch Schlachtungen nordrhein-westfälischer
Rinder in den Niederlanden**An den Bericht der Ministerin Bärbel Höhn schließt sich eine
Aussprache an.**4 Nordrhein-westfälische Landwirtschaft im europäischen Vergleich**

26

Vorlage 13/351

- Kurze Aussprache.

- 5 Umsetzung der Landeshundeverordnung in NRW - Welche Verbände sind beteiligt?** 27

- Bericht der Ministerin, Aussprache.

- 6 Gewässerunterhaltung 2. Ordnung** 29

An den Bericht der Ministerin Bärbel Höhn schließt sich eine kontroverse Aussprache an.

- 7 Anmeldung zum 29. Rahmenplan nach § 7 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"**
Vorlagen 13/255 und 13/360 33

- Aussprache.

- 8 Entwurf einer 4. Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zuständigkeiten nach dem Berufsbildungsgesetz** 35
Vorlage 13/332

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz nimmt die Vorlage 13/332 ohne Einwendungen zur Kenntnis.

Aus der Diskussion

Vorsitzende Marie-Luise Fasse eröffnet die Sitzung. Sie wünscht den Ausschussmitgliedern und den Vertretern der Landesregierung für das neue Jahr Gesundheit. Sie hoffe weiterhin auf gute Zusammenarbeit für das Jahr 2001.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/400

Einzelplan 10 - Ministerium für Umweltschutz und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

in Verbindung damit

Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2000 bis 2004

Drucksache 13/401

Vorsitzende Marie-Luise Fasse teilt mit, dass der Haushalts- und Finanzausschuss das Haushaltsgesetz 2001 am 15. März abschließend behandeln werde. Das bedeute, dass der Ausschuss seine Haushaltsberatungen am 8. März abschließen müsse. Sie bitte, mögliche Änderungsanträge rechtzeitig einzureichen.

Irmgard Schmid (SPD) äußert die Hoffnung, dass der Ausschuss in diesem Jahr, in dem er sicherlich viel Arbeit leisten müsse, gedeihliche und fruchtbare Diskussionen führe. Sicherlich werde es in dem einen oder anderen Bereich Auseinandersetzungen geben. Diese sollten aber so fair wie möglich und vor allem mit Blick auf die Landwirtschaft und die Verbraucher geführt werden.

In einer der letzten Sitzungen sei gesagt worden, dass im Ausschuss keine Vorlesewettbewerbe veranstaltet werden sollen. Für zukünftige Sitzungen wäre es hilfreich, wenn die Berichte der Landesregierung dem Ausschuss schriftlich vorgelegt würden. Eventuell sei es sinnvoll, in einer Art Summary ein paar grundsätzliche Anmerkungen zu machen.

Was die Unterlagen für die Haushaltsberatungen angehe, so wäre es sicher hilfreich, wenn man diese schon vor der Weihnachtspause bekommen könne.

Eckhard Uhlenberg (CDU) erkundigt sich, ob in der nächsten Zeit mit Ergänzungsvorlagen zum Haushalt gerechnet werden müsse. Es mache wenig Sinn, sich mit einem Zahlenwerk intensiv auseinander zu setzen, das bis zur Verabschiedung auch im Finanzausschuss pausenlos verändert werde. Da greife er auf Erfahrungen aus den vergangenen Jahren zurück. Er frage, ob die Zahlen noch verändert würden.

Die **Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Bärbel Höhn**, führt aus, sicher wäre es sinnvoller gewesen, wenn der Erläuterungsband heute vorgelegen hätte. An welchen technischen Problemen dies gelegen habe, lasse sich jetzt nicht feststellen. Sie bitte um Entschuldigung. Die Ergänzungsvorlagen seien abgeschickt worden.

Der Zeitplan bezüglich des Haushaltes sei immer sehr eng. Auch in der Zusammenarbeit zwischen Finanzministerium und den einzelnen Fachministerien gehe es um sehr kurze Zeiträume. Von daher werde es schwierig sein, den Erläuterungsband sozusagen unter den Weihnachtsbaum zu legen. Das könne sie nicht zusichern. Sie werde aber versuchen, die Interessen der Abgeordneten so gut wie möglich einzubeziehen.

Zu den Ergänzungsvorlagen: Am Dienstag habe eine lange Kabinettsitzung stattgefunden. Da sei eine Ergänzungsvorlage beschlossen worden, die in den nächsten Tagen sicherlich allen Abgeordneten vorliegen werde. Auf der entsprechenden Haushalts- und Finanzausschusssitzung werde diese Vorlage beraten. Darin seien auch die Umsetzungen des 2. Modernisierungsgesetzes enthalten.

Dann werde es eine zweite Ergänzungsvorlage Ende Januar/Anfang Februar geben.

Eckhard Uhlenberg (CDU) fragt, ob in einer dieser Ergänzungsvorlagen konkrete Zahlen mit Blick auf die Kosten enthalten seien, die aufgrund von BSE auf das Land zukämen. Heute Morgen habe der Ausschuss schon intensiv über die weiteren finanziellen Belastungen gerade auch in Zusammenhang mit den Kommunen gesprochen.

In der Ergänzungsvorlage befänden sich zwei Positionen, die auch BSE beträfen, erwidert **Ministerin Bärbel Höhn**. Aufgrund der aktuellen Situation im November seien Gelder für Informationskampagnen eingestellt worden. Da gehe es um das Thema Zertifizierung. Das habe mit der Aufhebung des Exportverbots von britischem Rindfleisch zu tun, die im März erfolgt sei. Diese Informationskampagne habe umgestellt werden müssen, um die neuen Informationen mit aufzunehmen. Dafür habe man schon im Dezember in einem Eilverfahren vom Finanzminister 3 Millionen DM bekommen, wofür Sofortverträge abgeschlossen worden seien. Über diese 3 Millionen DM hinaus würden mit der Ergänzungsvorlage weitere 5 Millionen DM für eine Fortsetzung der Kampagne zur Verfügung gestellt.

Im Dezember hätten die Schnelltests eingestellt werden müssen. Die Kapazitäten in den staatlichen Labors hätten schnell geschaffen werden müssen, und zwar aufgrund der gesetzlichen Grundlage für Tiere in einem Alter von 30 Monaten und älter. Bei normalen Schlachzahlen wären das ungefähr 200.000 Tests pro Jahr, also ein Drittel von den 600.000. Im

Dezember sei mit dem Finanzministerium beschlossen worden, zusätzlich 33 Stellen einzurichten. Sie seien in dieser Ergänzungsvorlage genehmigt worden. Darüber hinaus werde mit dem Bund verhandelt, wie die Kosten verteilt werden sollten, etwa mit Blick auf das, was früher ins Tiermehl gekommen sei und jetzt entsorgt werden müsse. Die Finanzierung sei noch nicht klar. Die Verhandlungen mit dem Bund seien nicht abgeschlossen.

Ministerin Bärbel Höhn lässt ihre Einführungsrede zum Haushaltsplan 2001 an die Ausschussmitglieder verteilen - vgl. **Vorlage 13/0383**.

2 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Drucksache 13/288

in Verbindung damit

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen - Verankerung des Tierschutzes in der Verfassung

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 13/326

und

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 13/419

Irmgard Schmid (SPD) legt dar, federführend sei der Hauptausschuss. Ihrer Fraktion sei daran gelegen, die Anhörung im März/April durchzuführen. Sie schlage vor, dass sich die Sprecher des Ernährungsausschusses einmal zusammensetzten, um zu sehen, ob man einen gemeinsamen Vorschlag zur Änderung der Verfassung hinbekomme. Auch müsse der Fragenkatalog für die Anhörung formuliert werden. Nach der Sitzung sollten sich die Sprecher auf einen Termin einigen.

Eckhard Uhlenberg (CDU) betont, den Termin und die Fragen für die Anhörung werde der Hauptausschuss als federführender Ausschuss festlegen. Aufgrund seiner Kompetenz sollte der Landwirtschaftsausschuss dem Hauptausschuss aber zuarbeiten.

Er schließe sich der Auffassung an, dass die Sprecher der Fraktionen prüfen sollten, ob man einen gemeinsamen Weg finden könne, um den Tierschutz in der Landesverfassung zu verankern. Dieser Termin sollte erst nach der Anhörung stattfinden.